



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Informationen aus der Vorstandssitzung KKJPD vom 7. März 2022

Teilnehmende: Regierungsrat Fredy Fässler (Präsident; SG), Regierungsrätin Karin Kayser-Frutschi (Vizepräsidentin; NW), Staatsrätin Béatrice Métraux (Vizepräsidentin; VD), Regierungsrätin Jacqueline Fehr (ZH), Staatsrat Norman Gobbi (TI), Regierungsrat Philippe Müller (BE), Staatsrat Alain Ribaux (NE), Regierungsrätin Kathrin Schweizer (BL), Kommandant Mark Burkhard (Präsident KKPKS; BL), Florian Düblin (Generalsekretär KKJPD), Alain Hofer (stv. Generalsekretär KKJPD), Claudio Stricker (Fachreferent GS KKJPD), Barbara Jäggi (Sekretariat GS KKJPD).

Anwendung des Schutzstatus S (Ukraine)

Der Vorstand KKJPD hat sich zur Anwendung des Schutzstatus S für Flüchtlinge aus der Ukraine beraten. Er hat dazu eine Musterstellungnahme an die Kantone verabschiedet, die den Mitgliedern der KKJPD am 7. März zugestellt wurde.

Nationaler Aktionsplan Istanbul-Konvention

Der Vorstand KKJPD hat den Entwurf des Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention 2022-2026 (NAP IK) zur Kenntnis genommen. Der NAP IK des Bundes führt die verschiedenen Initiativen und Vorhaben bei der Bekämpfung Häuslicher Gewalt und von Gewalt gegen Frauen zusammen und nimmt im Zuständigkeitsbereich der KKJPD insbesondere die bestehenden Massnahmen aus der Umsetzung der Istanbul-Konvention und der Roadmap zur Bekämpfung Häuslicher Gewalt auf.

Zwischenbericht Privatisierung im Justizvollzug

Der Vorstand der KKJPD hat von den Zwischenergebnissen der Arbeitsgruppe zur Privatisierung im Justizvollzug Kenntnis genommen. Er hat sich dafür ausgesprochen, dass zuhänden der Kantone Empfehlungen im Rahmen einer Musterregelung für die Übertragung von Vollzugsaufgaben an private Einrichtungen und für die Auslagerung von sicherheitspolizeilichen Aufgaben erarbeitet werden. In Absprache mit der GDK sollen zudem gemeinsam Bestimmungen für die Übertragung des Vollzugs von strafrechtlichen Sanktionen an psychiatrische Kliniken erarbeitet werden. Ferner sollen Empfehlungen zur Delegation von Befugnissen im Rahmen der interkantonalen Häftlingstransporte mittels Jail-Transport-System (JTS) formuliert werden. Die Arbeitsgruppe soll ihre Ergebnisse im Herbst 2022 präsentieren.

Vernehmlassungsvorlage U-Haft

Der Vorstand KKJPD hat die Unterlagen für die Vernehmlassung zu den Empfehlungen zur Untersuchungshaft freigegeben. Die fachliche Vernehmlassung der Empfehlungen wird voraussichtlich im April eröffnet.

Mandat Begleitung Reorganisation Arbeitsweise KKJPD

Der Vorstand KKJPD spricht sich dafür aus, ein externes Mandat zur Begleitung der Reorganisation der Arbeitsweise der KKJPD zu erteilen. Die externe Expertin oder der externe Experte soll insbesondere eine Erhebung zu den Bedürfnissen der Mitglieder durchführen und den weiteren Prozess moderieren. Der Vorstand hat für diese Arbeiten einen finanziellen Beitrag von maximal 20 000 CHF gesprochen.

Schreiben Terre des hommes betr. Nothilfe

Der Vorstand KKJPD verabschiedet eine gemeinsame Stellungnahme der SODK und der KKJPD zum offenen Brief von Terre des hommes betreffend Nothilfe vom 16. Februar 2022. Eine Kopie der Stellungnahme wird den Mitgliedern der KKJPD zur Kenntnisnahme zugestellt, sobald diese Verschiedet worden ist.

Stellungnahmen der KKJPD zu Vernehmlassungen

Meldepflicht von Betreiberinnen kritischer Infrastrukturen für Cyberangriffe

Der Vorstand KKJPD wird sich grundsätzlich zustimmend vernehmen lassen. Die KKPKS lässt sich separat vernehmen.

Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes: Einschränkung der Sozialhilfeleistungen für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten

Der Vorstand KKJPD verzichtet darauf sich vernehmen zu lassen und überlässt es der federführenden SODK sich zu äussern.

Ausführungsverordnungen BÜPF

Der Vorstand KKJPD lässt sich basierend auf der Haltung der SSK vernehmen.

Bundesgesetz über die Mobilitätsdateninfrastruktur

Der Vorstand KKJPD verzichtet auf eine Stellungnahme und überlässt es den Kantonen sich zu äussern.

Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen

Der Vorstand KKJPD wird sich basierend auf der Haltung der Kantone vernehmen lassen. Diese wurden eingeladen, sich bis am 15. März einzubringen.

Änderung der Covid-19-Verordnung 3

Der Vorstand KKJPD verzichtet auf eine Stellungnahme und überlässt es den Kantonen, sich zu äussern.

Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste

Der Vorstand KKJPD lässt sich basierend auf der Haltung der KKPKS vernehmen.

9. März 2022
07.06.01.09.01/cst